

IN KÜRZE

Vortrag „Diabetes und Augen“

Offenburg (red/mz). Über das Thema „Diabetes und Augen“ spricht Steffen Mayer, Chefarzt der Augenklinik am Ortenau-Klinikum Offenburg-Kehl, am Dienstag, 10. Januar, 19 Uhr, in der St. Josefsklinik Offenburg.

Laut Pressemitteilung wirkt sich die Volkskrankheit Diabetes für die Betroffenen nicht nur mit Schäden an den großen Organen aus, sondern ist oft auch Grund für eine Beeinträchtigung der Augen mit Sehverschlechterung bis hin zur Erblindung. Diese kommt meist schleichend, schmerzlos und unbemerkt. Umso wichtiger sind daher für den Diabetestypen Vorsorgeuntersuchungen und Kontrollen beim Augenarzt, um eine schwere Mitbeteiligung der Augen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. Der Vortrag findet in Kooperation mit der Volkshochschule Offenburg statt.

Der Eintritt ist frei. Spenden für den Neubau der Kinderklinik Ortenau sind willkommen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Besucher der Veranstaltung müssen einen tagesaktuellen Schnelltest nachweisen können und eine FFP2-Maske tragen.

Ein Beitrag zur Energiewende

Flächen doppelt nutzen

Freiburg/Ortenau (red/mz). Im Rahmen der „Modellregion Agri-Photovoltaik Baden-Württemberg“ wird an fünf Standorten in Baden-Württemberg die Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen zur Nahrungsmittelproduktion und zur Stromerzeugung untersucht.

Oliver Hörnle vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg erläuterte in einer Sitzung des Regionalverbands, wie die doppelte Landnutzung funktioniert, teilt der Regionalverband mit.

Prädestiniert

„Die Region Südlicher Oberrhein ist durch ihre vergleichsweise hohe Sonnenscheindauer und -einstrahlung sowie ihre hervorragenden landwirtschaftlichen Böden prädestiniert für den Einsatz von Agri-Photovoltaik“, wird Otto Neideck, Verbandsvorsitzender des Regionalverbands Südlicher Oberrhein, zitiert. Damit könne die Region einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende leisten und gleichzeitig die Nahrungs- und Futtermittelproduktion sichern.

Oliver Hörnle betonte in seinen Ausführungen ein weiteres gewichtiges Argument für Agri-Photovoltaik: Die in der Region Südlicher Oberrhein abnehmenden Niederschlagsmengen und die zunehmenden Hitze- und Trockenphasen durch den Klimawandel.

Agri-PV-Anlagen können die Resilienz der Landwirtschaft gegen diese Klimaveränderungen stärken, indem sie neben der Stromerzeugung auch die Verdunstung mindern, Luft- und Bodentemperaturen senken sowie mit einem Regenwassermanagement kombiniert werden können.

Vermisst, aber nicht vergessen

Nathalie Amos sucht nach verschollenen Angehörigen, klärt Schicksale und führt Familien über Landesgrenzen wieder zusammen. Sie ist Beraterin beim DRK-Suchdienst in Offenburg. Auch der Ukrainekrieg hat ihr neue Fälle beschert.

VON VICTORIA HOF

Ortenau. Es ist ein bisschen wie bei einem Puzzle. Stück für Stück setzen Nathalie Amos und Hannelore Gut Geschichten zusammen. Je mehr Einzelteile sie finden, desto leichter fügt sich alles zu einem großen Ganzen und desto wahrscheinlicher ist es, dass am Ende ein lückenloses Gesamtbild entsteht.

Weltweit fehlt von zahllosen geflüchteten Menschen jede Spur. „Jede einzelne vermisste Person bedeutet zugleich zweifelte Angehörige, die auf eine erlösende Nachricht hoffen“, wissen Amos und Gut. Als Teil eines weltweiten Suchdienst-Netzwerkes vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) und der weltweit 192 Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften suchen sie Menschen, die von ihren Angehörigen vermisst werden, sie klären Schicksale und bringen Familien auch über Landesgrenzen hinweg wieder zusammen.

Hoffnungsschimmer

Der Suchdienst ist seit mehr als einem Jahrhundert Anlaufstelle, oft auch ein letzter Hoffnungsschimmer für Familien, die durch Flucht, Vertreibung oder Migration von ihren Nächsten getrennt wurden oder verschollen sind. Seine Anfänge reichen bis 1859 zurück, seit 1953 wird der Dienst vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) institutionell gefördert.

Suchanfragen finden ihren Weg über Beraterin Amos in Offenburg nach Freiburg auf den Tisch von Beraterin Gut, ehe sie



„Jeder hat das Recht darauf, nicht gefunden zu werden“: Nathalie Amos ist Beraterin beim Suchdienst in Offenburg.

Foto: Christoph Breithaupt

sie dann nach München – einer der drei zentralen Suchdienst-Standorte in Deutschland – weiterleitet. Von München aus wird Kontakt mit den europäischen Partnergesellschaften oder dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz aufgenommen.

Empathie ist für die Arbeit beim Suchdienst unerlässlich. „Viele Schicksale gehen einem nah“, sagt Amos, die erst in diesem Jahr in die Fußstapfen von Vorgängerin Ella Ungefüg getreten ist, nachdem diese sich nach 30 Jahren Suchdienst in den Ruhestand verabschiedet hatte. Oft spürt sie die Verzweiflung der Klienten oder deren große Ungeduld. Doch immer sei auch Dankbarkeit dabei und

Erleichterung, über die oft traumatischen Erlebnisse endlich sprechen zu können.

„Ich sage immer, dass ich zwar alles versuchen, aber nichts versprechen kann“, sagt Amos. Grundsätzlich gelte: Alles oder nichts ist möglich. Neben Einfühlungsvermögen und Mitgefühl sei eben immer auch eine gewisse Distanz von Nöten.

Jahrelange Verfahren

Viele Ratsuchende seien psychisch so belastet, dass man sehr behutsam vorgehen müsse. Es brauche viel Zeit, mit dem Klienten herauszuarbeiten, was passiert ist und wie es zum Kontaktabbruch mit der gesuchten Person gekommen ist. Oft reiche ein einziges Gespräch nicht aus. Es geht in den Geschichten oft um verlorene Handys, Fluchtrouten und die Frage, wann und wo zuletzt Kontakt zum Gesuchten bestand hat. Auch die Möglichkeit, dass der Gesuchte ums Leben gekommen ist, muss thematisiert werden. So manches Verfahren dauert Jahre, bis es zu einer Klärung kommt und nicht immer steht am Ende eines Falles eine glückliche Zusammenführung. Viele Fälle verlaufen ins Leere und oft stellt sich auch heraus, dass der gesuchte Angehörige zwischenzeitlich gestorben ist.

Datenschutz spielt für die Suchdienste eine große Rolle.

Die Antragsteller müssen zustimmen, wo und wie gesucht werden darf. Weil viele Antragsteller selbst politisch verfolgt oder anderweitig bedroht sind, sollen Risiken möglichst minimiert werden. Auch wenn der Suchdienst einen Vermissten gefunden hat, wird dieser immer gefragt, ob der Kontakt zum suchenden Angehörigen überhaupt gewünscht ist. „Schließlich hat jeder auch das Recht darauf, nicht gefunden zu werden“, sagt Amos.

Der Suchdienst lässt sich grob in drei Aufgabenfelder ein-

teilen: Unterstützung von Spätaussiedlern, internationale Suche von Flüchtlingen und deren Familienzusammenführung sowie die Suche nach Vermissten aus dem Zweiten Weltkrieg.

Familiengeschichte

Die Zusammenführung von Spätaussiedlern, also von Personen mit deutschen Wurzeln aus Osteuropa, sei auch 33 Jahre nach Zusammenbruch der Sowjetunion noch aktuell. „Oft haben sie schon Verwandte hier und möchten dann auch kommen“, sagt Amos. Die Auswirkung des Ukraine-Krieges zeige sich hier oft auch indirekt. Auch die Suche nach Vermissten aus dem Zweiten Weltkrieg reißt nicht ab. Auch 77 Jahre danach landen noch Vermisstensuchen auf dem Schreibtisch der Beraterin. „Schicksalsklärung von Angehörigen bleibt wichtig, oft gehe es inzwischen in Richtung Ahnenforschung“, sagt Amos. „Der Krieg bleibt über Generationen Teil unserer Identität“. Die Menschen wollen wissen: Was ist in der Familiengeschichte geschehen? Wo und unter welchen Umständen ist der Großvater gestorben? „Viele brauchen auch Antworten, um mit etwas abschließen zu können“, weiß Gut.

Kontakt: Nathalie Amos ist unter Tel. 0781/91918915 oder per E-Mail an nathalie.amos@drk-og.de erreichbar. Weitere Informationen gibt es unter www.drkoffenburg.de und www.drk-suchdienst.de

HINTERGRUND

Ukrainekrieg sorgt für neue Fälle

Im vergangenen Jahr hat der DRK-Suchdienst bundesweit mehr als 1700 Anfragen bearbeitet. Hauptherkunftsländer der Suchenden waren Afghanistan, Syrien, Somalia und Irak - und die Ukraine. Von dort wurden Zivilpersonen und Militärangehörige vermisst, darunter auch Kriegsgefangene. Bis Mitte des Jahres hatte der Suchdienst bereits 186 Suchanfragen im Zusammenhang

mit dem Ukrainekrieg erhalten, weniger, als zunächst erwartet. Die Ukrainer seien in der Regel gut vernetzt und seien auf der Flucht meist auch an Handykarten gelangt oder hätten die Möglichkeit gehabt, Akkus aufzuladen. „Kontakte sind deshalb nicht so schnell abgerissen“, sagt Nathalie Amos. Sie rechnet aber mit weiteren Vermisstenfällen in Zusammenhang mit der Ukraine.

STICHWORT

Foto-Matches im Internet

Das DRK hat sich der multimedialen Kampagne #NoTraceOfYou des Rotkreuz-Suchdienst-Netzwerks in Europa angeschlossen. Diese nimmt die Suche entlang der Migrationsrouten nach Europa in den Blick und macht auf das Schicksal der Betroffenen sowie die Arbeit des Suchdienstes aufmerksam. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind im Jahr 2021 fast 3300 Menschen auf ihrer Flucht nach Europa verschwunden. Dies sind jedoch nur die dokumentierten Fälle. Auf www.tracetheface.org sind Fotos von Menschen zu finden, die ihre Angehörigen suchen. Wer auf der Suche nach jemandem ist, kann sich mit Hilfe des Suchdienstes vor Ort dort registrieren lassen. „Was in den Weltkriegen über Plakate und Tafeln stattgefunden hat, läuft jetzt im Internet“, sagt Nathalie Amos. „Das Prinzip ist dasselbe, das System ist nur moderner geworden“.



Hannelore Gut. Foto: Ulrich Marx

Der Hafen braucht Schiff und Schiene

Volker Molz, der Direktor des Kehler Hafens, kritisiert, dass der bahnseitige Güterverkehr in den letzten Jahren zu stark vernachlässigt wurde. Er wirft der Deutschen Bahn außerdem vor, viele Fehler gemacht zu haben.

VON UNSERER REDAKTION

Kehl. Dass die Rolle des Kehler Hafens noch viel größer ist, als den meisten in der Ortenau bewusst sein dürfte, das wurde dem Landtagsabgeordneten Bernd Mettenleiter, Matthias Gastel (MdB), beide Bündnis 90/Die Grünen, sowie den Abgeordneten der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Martin Gassner-Herz und Valentin Abel, bei einem gemeinsamen Besuch im Kehler Hafen klar.

Der Hafen sei quasi ein „autarker Stadtteil“, erklärte Hafendirektor Volker Molz den vier Politikern beim Rundgang über das Hafengelände.

Laut Pressemitteilung sind im Hafengebiet fast 120 Unternehmen angesiedelt, die für 4650 Arbeitsplätze sorgen. Damit sei der Hafen einer



Beim Rundgang über das Hafengelände (von links): Bernd Mettenleiter, Volker Molz, Matthias Gastel, Martin Gassner-Herz, Valentin Abel und Uli Stichler.

Foto: Bündnis 90/Die Grünen

der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Region. Jährlich würden 4,4 Millionen Tonnen Güter wasserseitig und 2,5 Millionen Tonnen schienenseitig umgeschlagen. Zusätzlich

zur Anbindung an das Wasser, und den damit verbundenen Wasserstraßen, biete der Hafen eine regional einzigartige Infrastruktur für die im Hafen angesiedelten Unternehmen.

Das der bahnseitige Güterverkehr in den letzten Jahren stark vernachlässigt wurde, beklage man in der Hafenvverwaltung.

„Auf Seiten der Deutschen Bahn sind viele Fehler gemacht worden, die den Hafen als Umschlagplatz für wirtschaftlichen Handel in seiner Möglichkeit stark einschränken“, wird Molz zitiert. „Statt die Bahninfrastruktur auszubauen, sind Gleise abgebaut worden. Das kann hier niemand nachvollziehen.“

Zukunftsfähig machen

Bernd Mettenleiter (Bündnis 90/Die Grünen) betonte dazu: „Wenn es dem Hafen gut geht, geht es Kehl gut. Ein erheblicher Teil der Gewerbesteuer stammt aus dem Ha-

fengebiet. Daher müssen wir das Hafengebiet zukunftsfähig aufstellen. Mehr Güter auf Schiene und Schiff tragen dazu bei.“ In einem waren sich alle Beteiligten einig: Im Interesse der Region muss etwas passieren. Ganz akut ging es daher auch um die Vorbereitung des Umbaus der Appenweier-Kurve. Hierzu muss auch die Kinzigüberquerung bei Kehl erneuert werden. Diese zu versetzen, wird knapp 20 Monate dauern.

Valentin Abel (FDP), Mitglied im Verkehrsausschuss, sieht laut Pressemitteilung im Rheinhafen Kehl ein Rückgrat des Gütertransports. „Als Grenzregion hat Kehl mit diesem Hafen außerdem einen wichtigen politischen Auftrag“, ergänzt Martin Gassner-Herz (FDP).